

Neue Ära der Stadtplanung oder Dokument für die Schublade?

Lokale Agenda 21

Solveig Niemann

Konferenz von Rio

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro wurden 1992 die Grundlagen einer qualitativ neuen, weltweiten Zusammenarbeit in der Umwelt- und Entwicklungspolitik diskutiert. Als Ergebnis wurden die Konvention zu Klima und biologischer Vielfalt, die Walderklärung, die Rio-Deklaration und eben die Agenda 21 (im folgenden abgekürzt A21) verabschiedet. In diesem Zusammenhang wurde der Beschluß gefaßt, eine Kommission einzurichten, welche die Umsetzung der A21 überprüfen soll. Das Kapitel 28 der A21 ist Anlaß für die Aktivitäten zu einer Lokalen Agenda 21 (im folgenden abgekürzt LA21). Gefordert wird hier eine nachhaltige Entwicklung (sustainable development) der Städte, ohne daß Einigkeit darüber bestünde, was darunter zu verstehen ist.

Es haben sich inzwischen mehrere Institutionen auf internationaler und nationaler Ebene des Themas LA21 angenommen. Maßgeblich sind aber die Aktivitäten in den Städten selber und die dortige inhaltliche und formale Ausgestaltung des Prozesses.

Nachhaltigkeit

Wie eine Untersuchung des Bundesumweltministeriums belegt, ist der Begriff der „Nachhaltigkeit“ nicht tief im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung verankert: Im Januar 1996 hatten nur

10% den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ schon einmal gehört (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT 1996, S. 86).

Der Begriff der „Sustainability“, der im Deutschen meist mit „Nachhaltigkeit“ übersetzt wird, wurde 1987 von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung in ihrem sogenannten BRUNDTLANDT-Report institutionalisiert. Dort heißt es (übersetzt): Sustainable Development „ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Seitdem ist der Begriff „Sustainability“ Gegenstand eines Definitionsstreites, da nicht geklärt ist, auf welche Bereiche er ausgedehnt bzw. auf welche er begrenzt werden soll.

Kommunen und Nachhaltigkeit

Die Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene ist im Prinzip keine Erfindung der Neuzeit. Städte sind seit jeher die Zentren der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Bildung, der Kultur und der Verwaltung; gleichzeitig aber stehen sie für Müllnotstand, Luftverschmutzung, Lärm, Autoverkehr, Obdachlosigkeit, Kriminalität, Verödung der Innenstädte, Anonymität, Zersiedlung und Wildwuchs in der freien Landschaft sowie natürlich auch für Finanznöte. Nimmt man die internationalen Einbindungen einer Stadt hinzu (z.B. Städtepartnerschaften, Luftverschmutzung, Ansiedlung von Handelsbetrieben), wird deutlich, daß in den Städten sowohl die Voraussetzungen als auch die Notwendigkeiten für eine qualifizierte Diskussion über Nachhaltigkeit gegeben sind.

Die A21 und die Kommunen

Die A21 ist in der deutschen Übersetzung ein 285 Seiten starkes Dokument (BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT). Sie kann „am besten als eine enorme umwelt- (und entwicklungs-) bezogene Wunschliste (für das 21. Jahrhundert) angesehen werden“ (BAKS 1994, S. 4), denn vermutlich alle international diskutierten Umwelt- und Entwicklungsthemen sind in ihren vier Teilen angesprochen; diese sind überschrieben mit:

- Soziale und wirtschaftliche Dimensionen,
- Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung,
- Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen und
- Möglichkeiten der Umsetzung.

Inhaltlich werden in jedem Kapitel sowohl Umwelt- als auch Entwicklungsaspekte beleuchtet und miteinander in Verbindung gesetzt und so die gegenseitige Abhängigkeit von Umwelt und Entwicklung herausgearbeitet. Ebenfalls auffällig ist die in jedem Kapitel gewünschte Einbindung der Öffentlichkeit in die Durchführung der Maßnahmen. Es wird nicht nur die Akzeptanz der Maßnahmen seitens der Öffentlichkeit gesucht, sondern die Maßnahmen sollen in erster Linie der Öffentlichkeit dienen und von dieser mitgestaltet werden.

Die Notwendigkeit einer Unterstützung der A21 durch die Kommunen ergibt sich daraus, daß sich die meisten der dort angesprochenen Probleme und Lösungen ohnehin auf kommunaler Ebene befinden. Zudem finden Kommunalpolitik und -verwaltung auf der dem Bürger am nächsten liegenden Ebene statt, so daß hier angesetzt werden kann, um die Öffentlichkeit zu in-

Solveig Niemann
Walburgastraße 16
54316 Geizenburg

formieren, zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Dieser Erkenntnis trägt das Kapitel 28 Rechnung, in welchem zunächst folgende Ziele angeführt werden:

- Konsultationsprozeß und erster Konsens zwischen Kommunalverwaltungen und ihren Bürgern hinsichtlich einer kommunalen A21 bis zum Jahr 1996 (im Original: „Local Agenda 21“). Da die deutsche Übersetzung erst 1994 erschien, hat sich die - streng genommen - falsche Übersetzung „lokal“ anstatt „kommunal“ durchgesetzt);
- Einleitung eines Konsultationsprozesses durch die Staatengemeinschaft mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Kommunen bis zum Jahr 1993;
- Intensivierung dieser Zusammenarbeit mit dem Ziel eines intensiven Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen den Kommunen bis zum Jahr 1994;
- Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind Maßnahmen auf insgesamt drei Ebenen vorgesehen:

- Auf kommunaler Ebene soll unter Mitwirkung der Bürger, der örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eine „kommunale“ A21 beschlossen werden. Eine Modifizierung der derzeit bestehenden kommunalpolitischen Programme, Leitlinien, Gesetze und sonstiger Vorschriften im Sinne der Ziele der A21 ist hierbei erhofft.
- Auf interkommunaler Ebene sollen Informationen und Erfahrungen ausgetauscht sowie die gegenseitige technische Hilfe intensiviert werden.
- Auf internationaler Ebene sollen Partnerschaften zwischen einschlägigen Organen und Organisationen gefördert werden. Namentlich genannt sind: das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nation (UNDP), das Zentrum für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die Weltbank, regionale Banken, der Internationale Gemeindeverband (IULA), die World Association of the Major Metropolises, der Summit of Great Cities of the World und die United Towns Organization.

Zentrale Aspekte einer LA21

Umwelt und Entwicklung - sowohl der Entwicklungsländer als auch der eigenen Stadt - bedingen sich gegenseitig. Dies muß sich im Aufbau und im Inhalt einer LA21 widerspiegeln.

Eine LA21 nach dem komplexen formalen Muster der A21 aufzustellen, erscheint einerseits sinnvoll, andererseits aber auch sehr arbeits- und papierintensiv. Der DEUTSCHE STÄDTETAG (1995) legte einen Kompromiß zwischen dem vielschichtigen Aufbau sowie dem formalen Detaillierungsgrad der A21 und einem lesbaren Dokument vor. Eine Weiterentwicklung dieses Ansatzes zeigt Abbildung 1.

Durch die Zusammenfassung der Handlungsfelder in Handlungsbereiche kann eine Zuordnung ersterer in größere Themenkomplexe vollzogen werden. In den verschiedenen Handlungsfeldern werden die übergeordneten Begriffe konkretisiert. Neben einer Bestandsaufnahme sollte bei jedem Handlungsfeld überdacht werden, wie es zu anderen Handlungsfeldern der LA21 in Verbindung steht, um daraus Konsequenzen bei der Zielformulierung und der Auf-

stellung der Handlungsmöglichkeiten ziehen zu können. Die Handlungsmöglichkeiten werden in fünf Teilbereiche, die eine weitere Integration gewährleisten sollen, differenziert.

Bezüglich der Themen, die in eine LA21 aufgenommen werden sollen, bestehen verschiedene Auffassungen: Die bloße Betrachtung von Umweltaspekten (vgl. DEUTSCHER STÄDTETAG 1995 und Tab. 1) reicht sicher nicht aus, um zu einer nachhaltigen Entwicklung zu gelangen. Eine Alternative wird von MOSER (1995) vorgestellt (vgl. Tab. 2). Bereits in seiner Auswahl und Titulierung der Handlungsfelder werden die vielseitigen Wechselwirkungen von Entwicklungs-, Umwelt- und sozioökonomischen Angelegenheiten berücksichtigt. Was aus den bloßen Titeln der Handlungsfelder für kommunale Nachhaltigkeit noch nicht hervorgeht, ist die dringend erforderliche und in der A21 immer wieder betonte Beteiligung der Öffentlichkeit, die wesentlicher Bestandteil einer LA21 sein sollte. Spätestens hier werden Schwierigkeiten offenbar. Der Schlüssel für die Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist das „vertrauensvolle und berechenbare Zusammenwirken aller Akteure in der Stadt - Politiker,

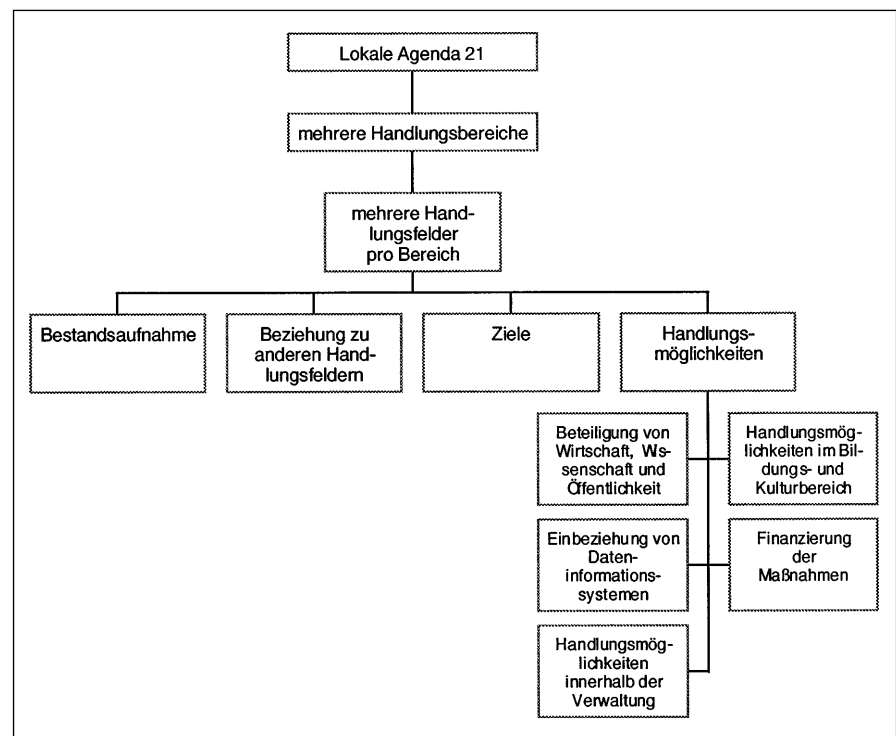


Abb. 1

Möglicher formaler Aufbau einer LA21

Tab. 1

Mögliche Handlungsfelder für eine LA21 (Quelle: DEUTSCHER STÄDTETAG 1995)

1. Organisation der Umweltverwaltung
2. Umwelt und Wirtschaft
3. Energie und Klimaschutz
4. Natur und Landschaft
5. Flächeninanspruchnahme und Zuordnung
6. Bauen und Wohnen
7. Verkehr
8. Abfallwirtschaft
9. Bodenschutz und Altlasten
10. Wasser und Abwasser
11. Luftreinhaltung
12. Lärm
13. Kommunale UVP
14. Kommunale Umweltinformationssysteme
15. Beschaffungswesen
16. Finanzierung
17. Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit
18. Umwelterziehung und -bildung
19. Umwelt und Entwicklung

Verwaltung, Investoren, Bewohner“ (WALCHA 1996, S. 53), wie es bisher jedoch selten anzutreffen ist. Zu unterschiedlich sind die spezifischen Interessen der einzelnen Akteure (Abb. 2). Die Bürger reagieren bei Aktionen der Verwaltung oft mit Zurückhaltung. Eine zur Mitarbeit ermunternde Vermarktung des LA21-Prozesses durch Zeitungen oder Lokalsender ist problematisch, da die LA21 von sich aus nicht sehr medienwirksam ist. So wurde die Möglichkeit untersucht, Sparkassen als Moderatoren und Promotoren in den LA21-Prozeß einzubeziehen (GERMANWATCH 1996). Diese sind flächendeckend vertreten, etabliert und in der regionalen Finanzwirtschaft anerkannt, so daß sie eine gute Ausgangsposition für die Ansprache aller gesellschaftlicher Gruppen einnehmen sollten. Zum Erfahrungsaustausch von Gemeinden untereinander sollten zudem regionale und überregionale Netze bis hin zur europäischen Ebene eingerichtet werden.

Internationale Aktivitäten: ICLEI

Während die UN bezüglich der LA21 selbst nicht aktiv wird, befassen sich andere internationale Institutionen (z.B. die Europäische Kommission, die Organisation Towns & Development,

der internationale Gemeindeverband IULA) mit dem Problem. Als Beispiel werden die Aktivitäten der Nichtregierungsorganisation International Council for Local Environmental Initiatives, abgekürzt ICLEI (= Rat für kommunale Umweltinitiativen) dargestellt. ICLEI unterhält ein Weltsekretariat in Toronto und Niederlassungen auf mehreren Kontinenten (vgl. ICLEI 1996, S. 8 ff.). Die Aufgaben von ICLEI liegen größtenteils im Umweltschutz- und Umweltmanagement- sowie im Kommunalberatungsbereich. Die folgenreichste Aktion ist bisher die von der UN erwünschte Vorformulierung des Kapitels 28 der A21 (vgl. ICLEI 1994, S. 8). Auf europäischer Ebene zeigt sich ICLEI auch sehr engagiert bezüglich der Charta von Aalborg, die 1994 auf der Konferenz der europäischen Städte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit verabschiedet und bis heute von über 200 europäischen Städten unterzeichnet wurde. Die Charta von Aalborg befaßt sich mit nachhaltiger Stadtentwicklung und geht in einem ihrer Abschnitte ausdrücklich auf die LA21 ein.

Für die Unterzeichner der Charta von Aalborg gibt ICLEI (1995) einen Leitfaden für die Planung einer LA21 heraus. Er geht in einer theoretischen Schritt-

Tab. 2

Mögliche Handlungsfelder für kommunale Nachhaltigkeit (Quelle: MOSER 1995, S. 271 ff.)

1. Strukturen - Vernetzung: Aktionen der Kommune in der Kommune und in der 3. Welt, interkommunale Zusammenarbeit, Kooperation mit anderen Institutionen
2. Wurzeln in der Vergangenheit: Aufbau eines Heimatbewußtseins, Erinnerung an frühere nachhaltig gewirtschaftet habende Generationen
3. (Entwicklungs)-Zusammenarbeit: Partnerstädte, finanzielle Unterstützung von Entwicklungshilfe-Projekten
4. Umweltgeschichtsaufarbeitung
5. Klimaschutz: z.B. Reduktion von CO₂, Verzicht auf Tropenholz
6. Verkehr: ÖPNV-Ausbau, Förderung nichtmotorisierter Verkehrsarten, Einschränkungen im motorisierten Individualverkehr
7. Stadtentwicklung: Erarbeitung einer Vision mit möglichst großer Bürgerbeteiligung
8. Fairer Handel: z.B. Aufbau geeigneter Infrastruktur für den Absatz umwelt- und sozialverträglicher Produkte vor Ort
9. Nachhaltige Produktion: Orientierung der Wirtschaft am Nachhaltigkeitsprinzip
10. Nachhaltiges Handeln: Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, um den eigenen Güterkonsum nachhaltig zu gestalten

folge vor (vgl. Abb. 3) und illustriert diese mit Beispielen von Städten, die bereits die genannten Planungs- oder Aktionsprozesse durchlaufen haben. In dem Leitfaden werden ökonomische und entwicklungspolitische Aspekte kaum bis gar nicht beachtet, sondern es wird sich ganz auf den Umweltaspekt konzentriert.

An anderer Stelle wird von ICLEI als Erklärung für die fast ausschließliche Befassung mit Umweltaspekten unter dem Titel Nachhaltigkeit angeführt, daß das menschliche Dasein und damit auch die Wirtschaft auf der Umwelt basiere, diese deshalb also in den Vordergrund gestellt werden müsse (vgl. ICLEI 1995, S. 10). Ob diese Argumente ausreichen, eine Nichtbeschäftigung mit sozioökonomischen und politischen Aspekten zu begründen, bleibt allerdings zweifelhaft.

Bemühungen auf nationaler Ebene

In einigen europäischen Staaten begannen kurz nach der Rio-Konferenz Aktivitäten auf Regierungsebene, um den LA21-Prozeß flächendeckend zu implementieren. In Deutschland übernahm der Deutsche Städtetag die Koordinationsaufgabe für den LA21-Prozeß. Er wollte Empfehlungen an seine Mitgliedsstädte sowie Forderungen an den Bund, die Länder und die EU formulieren und gab 1992 eine LA21 für die deutschen Städte in Auftrag. Diese Studie wurde bereits erwähnt (DEUTSCHER STÄDTETAG 1995, S. 7).

Der Bundestag begrüßte im Juni 1994 die Anstrengungen der Kommunen, bis 1996 einen Konsens über eine LA21 herzustellen, hob zugleich die Rolle der Kommunen im Nord-Süd-Engagement hervor und bat die kommunalen Spitzenverbände, die A21 bei den Kommunen bekannt zu machen (die entsprechenden Bundesdrucksachen finden sich in GERMANWATCH 1995). Auch ICLEI und Germanwatch befaßten sich auf Bundesebene intensiv mit der LA21. Während ICLEI sich vornehmlich auf den Umweltaspekt konzentriert, verfolgt Germanwatch einen umfassenden Ansatz, der im folgenden dargestellt wird.

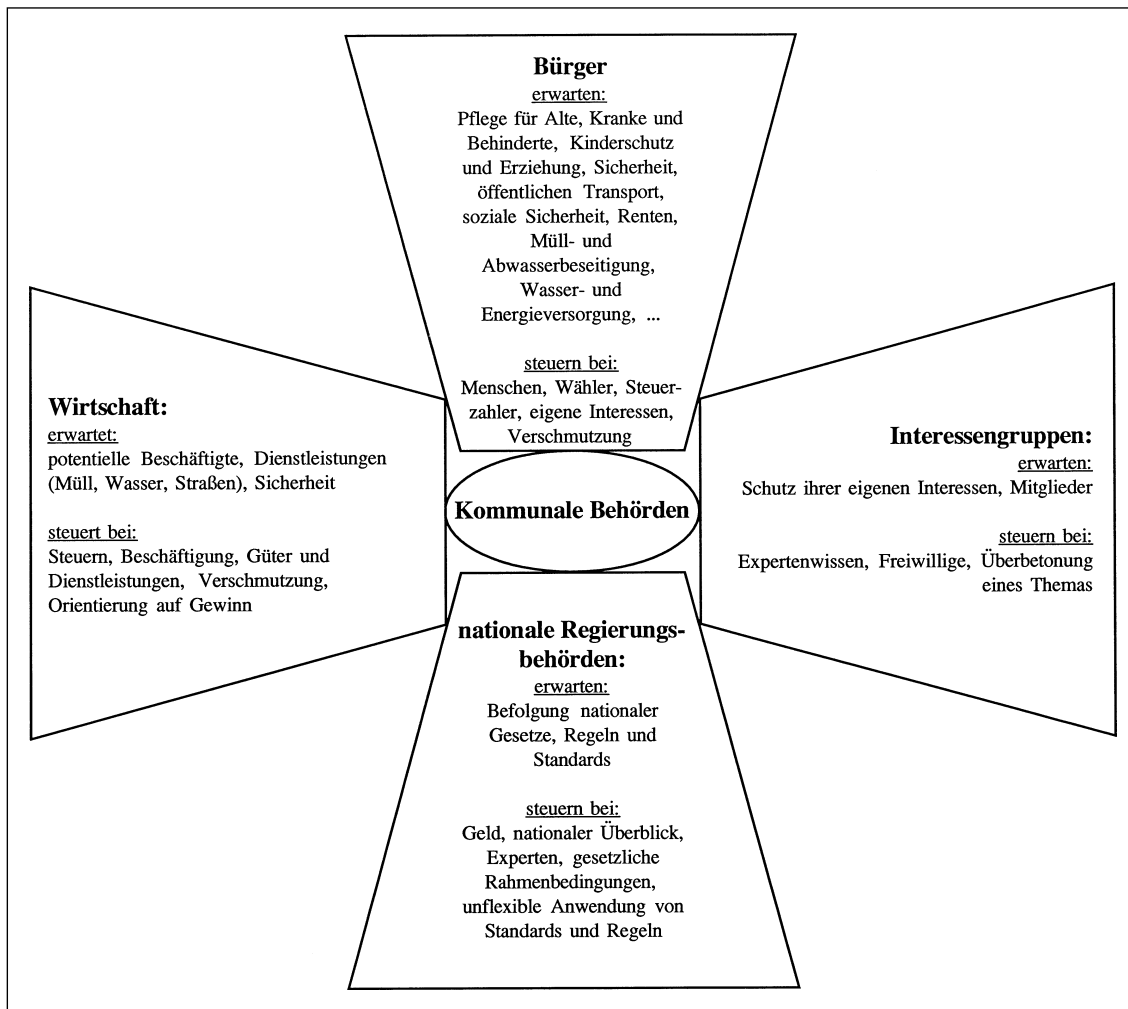


Abb. 2

Akteure und Kommunale Behörden (Quelle:ICLEI 1995, S. 13)

Germanwatch

Germanwatch wurde im Februar 1991 von Wissenschaftlern, Mitarbeitern entwicklungspolitischer Organisationen und Publizisten - als eingetragener Verein - gegründet und hat derzeit etwa 500 Mitglieder. Er hat sich unter anderem zur Aufgabe gestellt, die deutsche Politik und Wirtschaft bezüglich ihrer globalen Verantwortung zu „watchen“. Die Beobachtung der deutschen Politik und Wirtschaft findet durch Befragungen von Akteuren statt, in denen Anstöße für ein verändertes Handeln gegeben werden.

Mit seinen Regionalgruppen in Düsseldorf, Köln, Berlin, Frankfurt, Karlsruhe, Marburg, Hamburg, Münster, Bonn (gleichzeitig Sitz der Bundesgeschäftsstelle) und evtl. in Zukunft auch in München versucht Germanwatch, auch

in die räumliche Nähe städtischer Probleme zu gelangen.

Von den Regionalgruppen in Hamburg und Münster ist bereits jeweils ein Watchbericht vorgelegt worden, in dem die Aktionen für eine LA21 und sonstige, zu einer nachhaltigen Lebensweise beitragende Aktivitäten beschrieben werden; ein Watchbericht für Bonn ist zur Zeit in Arbeit.

Germanwatch legte bisher zwei für die Erarbeitung einer LA21 relevante Arbeitspapiere (GERMANWATCH 1995, 1996) sowie das aktionsorientierte Faltblatt „Unter der Lupe“ vor.

Weiterhin versucht Germanwatch, den LA21-Prozess durch regelmäßiges Nachfragen in Städten und Gemeinden sowie sonstigen Institutionen anzustoßen oder zu beschleunigen. So organisiert er zwei entsprechende Umfragen (bei den Ministerpräsidenten der Län-

der und bei den deutschen Städte- und Gemeindeverwaltungen; Ergebnisse sollen 1997 vorliegen). Die dabei gestellten Fragen geben indirekt eine Richtung für den LA21-Prozess vor, indem die Verwaltungen gebeten werden, sich über genau die Dinge klar zu werden, die sie noch nicht unternommen haben. Germanwatch vernachlässigt damit inhaltlich keinen Themenkomplex der A21.

Kommunale Bemühungen

Wie bereits dargestellt, gibt es bei der konkreten Ausarbeitung und Umsetzung einer LA21 in einer Kommune Hemmnisse; an erster Stelle wären hier zwangsläufig finanzielle und personelle Engpässe zu nennen. Aber auch gene-

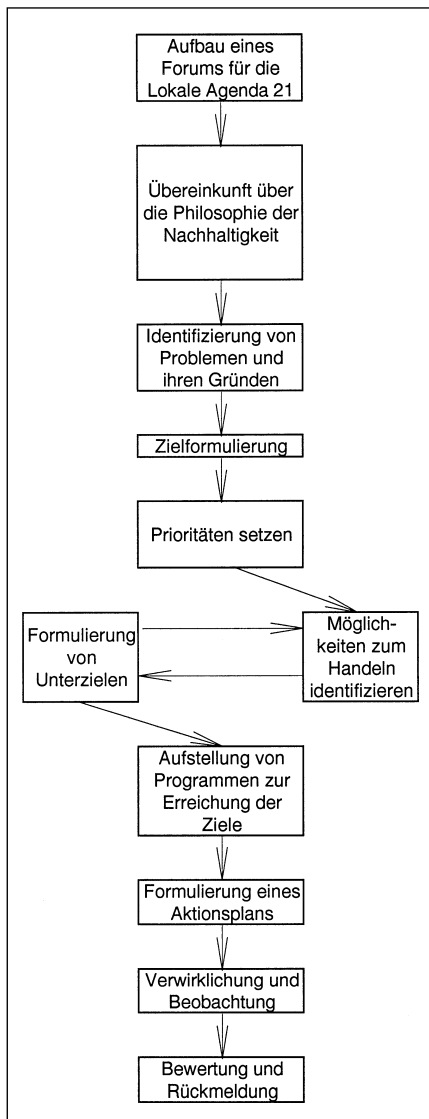


Abb. 3

Mögliche Schritte für die Erarbeitung einer LA21 (Quelle:ICLEI 1995, S. 5)

rellere Gründe, wie z.B. der Umfang und die Unverständlichkeit der A21, die Abstraktheit des Begriffes der Nachhaltigkeit oder die Probleme, Wirtschaft und Öffentlichkeit zu mobilisieren, be- oder verhindern die Arbeit. So ist denn auch nicht verwunderlich, wenn von 157 Städten lediglich 53% die LA21 als eine kommunale Aufgabe ansehen und in nur 17% bereits ein politischer Beschluß zur LA21 gefaßt wurde. Diese Städte sind Aschaffenburg, Augsburg, Frankfurt/M., Gotha, Greifswald, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Herne, Hof, Kaiserslautern, Kiel, Köln, Leverkusen, Lübeck, Lüneburg, München, Neumünster, Neuruppin, Osnabrück, Rostock, Saalfeld/Saale, Saarbrücken, Speyer,

Stuttgart, Ulm und Wuppertal. In 24 Städten (15%) wurden zudem bereits (bis Frühjahr 1996) Veranstaltungen zur LA21 durchgeführt (RÖSLER 1996). Die Art, eine LA21 anzugehen, ist in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich, ebenso wie die angestrebten Inhalte. München steht als Beispiel für einen sehr komplexen und durchorganisierten LA21-Prozeß in einer Großstadt (s.u.). In Berlin dagegen engagieren sich die einzelnen Stadtteile - z.B. Köpenick und Lichtenberg - selbständig für eine LA21. In den meisten Städten dürfte sich der Prozeß derzeit auf der Stufe der Initialzündung oder noch davor befinden. Inhaltlich dominieren teilweise Umweltfragen, teilweise soll die LA21 mehr auf die kommunale Entwicklungshilfe ausgerichtet sein. In Münster wird eine inhaltliche Synthese von Umwelt und Entwicklung versucht.

München

Der LA21-Prozeß in München gilt bundesweit als beispielhaft und unter allen deutschen Großstädten führend, da er auf einem breit angelegten und wohlverankerten Konsultationsansatz beruht (vgl. LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 1996). Im April 1994 beantragten die GRÜNEN im Stadtrat die Einleitung des LA21-Prozesses durch das Umweltreferat; der entsprechende Beschluß wird im Mai 1995 gefaßt. In der Zwischenzeit begann die Münchner VHS, sich für das Thema LA21 zu engagieren. Im Wintersemester 1994/95 bot sie eine Reihe von Veranstaltungen zur LA21 an, unter anderem Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen, in denen praktische Erfahrungen für die Ausgestaltung der späteren Agenda-Gremien und für angemessene Arbeitsweisen sowie Kommunikationsformen gesammelt wurden. In die Arbeit zur Münchner LA21 band die Münchner VHS bis 1995 30 verschiedene Initiativen ein. Als ein ohnehin schon allseits anerkanntes unabhängiges Institut bewährte sie sich dadurch zusätzlich als Moderator für den Prozeß.

Zur Umsetzung des o.e. Stadtratsbeschlusses zur A21 vom Mai 1995 wurde ein Forum „Zukunftsfähiges München“ gegründet, das aus fünf Gremien besteht:

- Das innerhalb der städtischen Verwaltung angesiedelte Agenda-Büro dient als Netzwerk-Knoten im Münchener

LA21-Prozeß, indem es unter anderem Themen und Fragestellungen initiiert und integriert.

- Der Lenkungskreis ist das arbeitsfähige Organ für die Fach- und Prozeßverknüpfung des gesamten Münchener LA21-Prozesses. Er soll Entscheidungen zu Ablauf, Vorgehen und Themenverknüpfungen herbeiführen und somit die Etappen der LA21 in München steuern.
- Das Bürgerforum steht für alle Interessenten offen und dient so als Sammelbecken von Leuten und Ideen.
- In den Fachforen werden wesentliche Themen im Rahmen der Agenda-Zielsetzung behandelt und - auch bei Konfliktträchtigkeit - vertieft. Hier soll sich fachbezogen auf das Wesentliche konzentriert und sich ernsthaft und gründlich unter Ausübung einer neuen Streitkultur mit den Konfliktfragen auseinandergesetzt werden.
- Der Beirat, bestehend aus 44 namhaften Münchner Persönlichkeiten, präsentiert und repräsentiert den LA21-Prozeß in der breiten Öffentlichkeit und symbolisiert den gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit einer LA21 in München.

Einen großen Raum im Münchener LA21-Prozeß nimmt die Öffentlichkeitsarbeit ein. Zum Beispiel wurden in der Münchner VHS „Local Scenario Workshops“ durchgeführt, in denen in vier Arbeitsgruppen etwa 50 Münchner Bürger Ideen für ein lebens- und liebenswertes München 2010 entwickelten.

Die Vorgehensweise Münchens könnte als beispielhaftes Modell für Millionenstädte gelten. Für kleinere Städte ist die Organisation des Prozesses allerdings eventuell zu sehr institutionalisiert und zu kostenaufwendig (immerhin belief sich das Budget der Münchner LA21 von Juni 1995 bis Dezember 1996 auf 251.000 DM) und wird dadurch besonders für sehr kleine Gemeinden inpraktikabel. Die bedeutende Rolle der Münchner VHS bei der Einbindung der Öffentlichkeit sollte dagegen hervorgehoben und zur Nachahmung empfohlen werden.

Münster

Im Jahr 1994 nahm die Stadt Münster Kontakt mit den (etwa 170) hier beheimateten Eine-Welt- und Dritte-Welt-Gruppen auf, und im Februar 1995 wur-

de der Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, Umwelt- und Entwicklungsaufgaben in der Bevölkerung bewußt zu machen und Vorschläge zur LA21 zu erarbeiten (vgl. KOORDINIERUNGSTELLE LOKALE AGENDA 21 IN MÜNSTER 1996). Er ist damit die „institutionalisierte Form des Dialogs von Stadt und entwicklungs- (und umwelt-) politischen Initiativen“ (BELLE 1995, S. 16).

Daß die Arbeit Münsters nicht rein auf die globalen Probleme Umwelt und Entwicklung ausgerichtet ist, zeigt sich an einer Thesenreihe „Zukunftsfähiges Münster“ (vgl. Tab. 3), aus der ein Entwurfspapier für eine LA21 erarbeitet werden soll. Allein sechs der 15 dort aufgestellten Thesen sind eindeutig dem Umweltbereich zuzuordnen, und fünf der Thesen befassen sich ausschließlich mit ordnungspolitischen, ökonomischen oder sozialen Fragen. Derzeit läuft die Diskussion der Thesenreihe in gesellschaftlichen und politischen Gruppen an. Nach und nach soll hieraus eine LA21 für Münster entstehen. Die Synthese mehrerer Politikbereiche,

wie sie von der A21 erwünscht wird, ist in Münster, wenn die noch zu formulierende LA21 tatsächlich auf der Thesenreihe aufbaut, gelungen. Wenn zudem die Koordinierung der verschiedenen Gruppen und Interessen so funktioniert, wie derzeit geplant, könnte Münster als ein Musterbeispiel herangezogen werden.

Ausblick

Der 1992 auf der Rio-Konferenz erfolgte Startschuß für die Aktivitäten der Städte und Gemeinden zur Erstellung einer LA21 verhallte in Deutschland weitgehend ungehört, denn es handelt sich hierbei nicht gerade um einen Selbstläufer.

Die LA21 ist zudem ein völlig neues Betätigungsfeld für die Kommunen und deren Initiativen, Wirtschaft und Bürger; dies gilt sowohl hinsichtlich des Prozesses der Aufstellung und der Umsetzung als auch hinsichtlich des Inhalts. Es kann nicht erwartet werden, daß die Städte ohne Hilfestellung mit diesen neuartigen Problemen fertig werden. Hilfestellungen von überregionalen Institutionen und interkommunaler Erfahrungsaustausch (vgl. MENSING & ROHR 1994) sind also unerlässlich. Innerhalb der Gemeinden müßte „den Entscheidungsträgern (...) die Ausrede genommen werden, daß sie ja zum globalen Handeln bereit wären, wenn nur die Wähler mitmachen würden“ (NUSCHELER 1994, S. 49). Erst wenn die Bürger etwas mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ anfangen können und wenn sie die A21 (und deren Partizipationspostulat) kennen, kann man von ihnen erwarten, daß sie sich aktiv um eine nachhaltige Entwicklung ihrer Stadt oder Gemeinde bemühen bzw. einen LA21-Prozeß vorantreiben. Dieses Bewußtsein zu schaffen und diesen Kenntnisstand herbeizuführen, ist Aufgabe all derer, sei es in Politik, Wissenschaft und Bildung, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen oder sonstigen Institutionen, denen die Notwendigkeit einer Wende zur Nachhaltigkeit bewußt ist.

Literatur

- BAKS, R. (1994): The Follow-up to the Earth Summit. - In: NORTH ATLANTIC ASSEMBLY (Hg.): Reports of the Scientific and Technical Committee of the North Atlantic Assembly, Brüssel.
- BELLE, M. (1995): Gremien, Gelder und ihre Grenzen - Münsters kommunale Entwicklungspolitik. - In: GERMANWATCH - REGIONALGRUPPE MÜNSTER (Hg.): Zukunftsfähiges Münster? Nord-Süd-Beziehungen auf dem Prüfstand. - Umwelt & Entwicklung, 2, S. 9-26, Münster.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (Hg.) (ohne Jahr): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente - Agenda 21. - Bonn.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (1996): Umweltbewußtsein in Deutschland - Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 1996. - Information des Bundesumweltministeriums, Berlin.
- DEUTSCHER STÄDTETAG (Hg.) (1995): Städte für eine umweltgerechte Entwicklung, Materialien für eine „Lokale Agenda 21“. - DST-Beiträge zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz, Reihe E, H. 24, Köln.
- GERMANWATCH (1995): Materialsammlung zum Thema: Umsetzung der AGENDA 21 auf kommunaler Ebene. - Arbeitspapier Nr. 7, Bonn.
- GERMANWATCH (1996): Wege zur Lokalen Agenda 21: Möglichkeiten zum Engagement der Sparkassen. - Arbeitspapier Nr. 10, Bonn.
- ICLEI (Hg.) (1994): Towards Sustainable Cities & Towns, Report of the first European Conference on Sustainable Cities & Towns, Aalborg. - Freiburg.
- ICLEI (Hg.) (1995): European Local Agenda 21 Planning Guide - how to engage in long-term environmental action planning towards sustainability. - Freiburg.
- ICLEI (1996): Biennial Report May 1993 - July 1995. - Toronto.
- KOORDINIERUNGSTELLE LOKALE AGENDA 21 IN MÜNSTER (1996): Übersicht über entwicklungspolitische Aktivitäten in Münster. - Münster.
- LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN (1996): Zwischenbericht zur Erarbeitung der Lokalen Agenda 21 im Auftrag des Stadtrates vom 29.05.1995 (Beschuß des Umweltschutzausschusses vom 17. Juli 1996). - München.
- MENSING, K. & ROHR, G. VON (1994): Revitalisierung der Innenstädte durch Interkommunale Kooperation. - DSSW-Schriften 13, Bonn.
- MOSER, P. (1995): Kommunale Handlungsfelder für Nachhaltiges Wirtschaften. - In: MAYER, J. (Hg.): Initiativen für eine nachhaltigere Entwicklung in Niedersachsen, die Agenda 21 auf lokaler und regionaler Ebene. - Loccumer Protokolle 55/1995, S. 269-281, Loccum.

Tab. 3

Thesen für ein zukunftsfähiges Münster (Quelle: PROJEKTGRUPPE ZUKUNFTSFÄHIGES MÜNSTER 1996)

1. Münster braucht Zukunftsfähigkeit
2. Münster in der Welt
3. Die Welt in Münster
4. Münster verpflichtet sich zur Energiewende
5. Münster braucht eine Verkehrswende
6. Münster spart Trinkwasser
7. Münster stoppt den Flächenverbrauch
8. Münster fördert die ökologische Landwirtschaft und schützt die Parklandschaft
9. Münster reduziert Müll
10. Münster stärkt die Stadtteile
11. Münster und das Münsterland sind nur gemeinsam zukunftsfähig
12. Für eine umwelt-, sozial- und entwicklungsverträgliche kommunale Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderung
13. Münster braucht Entwicklungspolitik
14. Münster braucht Bildung und Kultur für die Eine Welt
15. Für eine neue politische Kultur des Dialogs und Interessenausgleichs

NUSCHELER, F. (1994): Sichtweisen kommunaler Entwicklungspolitik. - In: DIfU (Hg.): Sichtwechsel, Kommunen zwischen lokalen Anforderungen und weltweiten Problemen. - Materialien 7/95, S. 47-52, Berlin.

PROJEKTGRUPPE ZUKUNFTSFÄHIGES MÜNSTER (1996): Thesen: Zukunftsfähiges Münster. - Münster.

RÖSLER, C. (Hg.) (1996): Lokale Agenda 21, Dokumentation eines Erfahrungsaustauschs beim Deutschen Städtetag am 29. April 1996 in Köln. - Berlin.

WALCHA, H. (1996): Nachhaltig in die Zukunft der Stadtregion. - Eichholz Brief- Zeitschrift zur politischen Bildung, 1/96, S. 45-53.



Regionalentwicklung durch Großprojekte - das Beispiel Emsland

23. bis 25. Oktober 1997 in Papenburg

Unter dem Titel „Regionalentwicklung durch Großprojekte - das Beispiel Emsland“ veranstaltet die RAG Südliches Rheinland in Kooperation mit der FAG Verkehr ein Seminar vom 23. bis zum 25. Oktober 1997 in Papenburg im Emsland.

Aus der Perspektive der Angewandten Geographie werden im Rahmen von Vorträgen, Diskussionen und eines Exkursionsprogramms Möglichkeiten und Perspektiven der Regionalentwicklung eines peripher gelegenen Raumes thematisiert und insbesondere infrastrukturelle Großprojekte aus dem Verkehrsbereich vorgestellt.

Donnerstag, 24. Oktober 1997

bis 17.00 **Anreise**
anschl. **Begrüßung, Vorstellung**
18.00 Abendessen
19.00 - 21.00 **Das Emsland - Portraitskizze eines Raumes**
Herr Menke, Landkreis Emsland, Amt für Regionalplanung und Landespflege
Dipl.-Geogr. Christian Poschmann (angefragt)

Freitag, 25. Oktober 1997

08.00 Frühstück
09.00 **Exkursionsprogramm (Bus-Exkursion):**
Transrapid-Besichtigung mit Probefahrt
13.00 Mittagspause: Lunchpakete
14.00 **Güterverkehrszentrum Dörpen**
Martina Kruse, Güterverkehrszentrum Emsland
17.00 **Hafenrundfahrt Papenburg mit Besichtigung der Meyer-Werft**
19.30 Abendessen

Samstag, 25. Oktober 1997

08.00 Frühstück
09.00 **Mercedes-Benz-Teststrecke in Papenburg:**
Entwicklung und Bedeutung der Standortentscheidung
Herr von Below, Mercedes-Benz AG, Projektleitung Privatgelände
11.00 **Das Emsland: Rückzugsraum in der Peripherie oder**
Wachstumschancen durch endogene Potentiale?
Dr. Einhard Schmidt-Kallert, Agrar- und Hydrotechnik GmbH, Essen (angefragt)
13.00 Mittagessen
anschl. Endeder Tagung

Teilnehmerzahl: 20 Personen

Tagungsbeitrag: DM 230,- inkl. Übernachtung (Doppelzimmer), Verpflegung, Exkursionsprogramm und Tagungsmaterial.

Veranstalter: Historisch-Ökologische Bildungsstätte Papenburg in Kooperation mit dem DVAG

Hinweise: Fahrtkosten können nicht erstattet werden.

Die Veranstaltung steht allen Bürgern zur Teilnahme offen.

Die Anmeldung ist verbindlich, Absagen sind kostenpflichtig.

Da das Seminar als politische Bildungsveranstaltung aus öffentlichen Mitteln gefördert wird, ist eine Verpflichtung zur Teilnahme an allen Programmpunkten Voraussetzung für die Anmeldung.

Ansprechpartner: DVAG - RAG Südliches Rheinland
Rudolf Juchelka M.A.
Wallstr. 22/24
52064 Aachen
Tel./Fax 0241/27126